



Begründung zur 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans für Salzgitter-Ringelheim mit Umweltbericht

**„Freiflächen-Photovoltaikanlagen südöstlich
Ringelheim“**

Vorentwurf

Stand gemäß § 3 I und § 4 I BauGB

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Begründung	3
1.1	Planerfordernis	3
1.2	Allgemeine Ziele und Zwecke der Planung	4
1.3	Räumlicher Geltungsbereich und gegenwärtige Situation	4
1.4	Raumordnerische Vorgaben	5
1.5	Bisherige Darstellungen im Flächennutzungsplan	8
1.6	Standortkonzept und Kriterienkatalog für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen	9
1.7	Flächenbilanz	10
2	Planinhalt	11
2.1	Art der baulichen Nutzung	11
2.2	Hauptversorgungsleitungen	11
3	Besondere Aspekte der Planung	11
3.1	Standortalternativen und Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen	11
3.2	Erschließung und Infrastruktur	12
3.3	Boden und Altlasten	12
3.4	Denkmalschutz	13
3.5	Naturschutz und Landschaftspflege	14
3.6	Klimaschutz	14
4	Umweltbericht	15
5	Verfahrensablauf und Abwägung	15
6	Eingriff in andere Planungen	15
7	Rechtsgrundlagen	16

1 Allgemeine Begründung

1.1 Planerfordernis

Entlang der Bahnstrecke Salzgitter-Ringelheim – Goslar soll beiderseits eine Freiflächen-PV-Anlage errichtet werden. Mit der am 01.01.2023 in Kraft getretenen Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wurde der Abstand, bis zu dem Strom aus Photovoltaik-Freiflächenanlagen längs von Schienenwegen im ersten Segment vergütungsfähig ist, von 200 m auf 500 m erhöht. Zwischen den Stadtteilen Gitter und Ringelheim verläuft die Bahnstrecke Salzgitter-Ringelheim – Goslar.

Das überwiegende Plangebiet wird bis zu einem Abstand von 200 m zu der Bahnstrecke zudem im Standortkonzept und Kriterienkatalog für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen in der Stadt Salzgitter als Potentialfläche für Freiflächen-PV-Anlagen dargestellt. Dieses Konzept wurde am 31.05.2023 vom Rat der Stadt Salzgitter beschlossen. Mit beschlossen wurde, dass Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen (Freiflächen-PV-Anlagen) auf den nach § 35 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. b Baugesetzbuch (BauGB) privilegierten Bereich entlang von Autobahnen und zweigleisigen Schienenwegen gemäß Anlage 1 des Konzeptes konzentriert werden sollen. Nach § 35 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. b bb) BauGB ist im Außenbereich ein Vorhaben privilegiert zulässig, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen, die ausreichende Erschließung gesichert ist und wenn es der Nutzung solarer Strahlungsenergie dient. Der privilegierte Bereich erschließt sich außerdem auf Flächen längs von Schienenwegen des übergeordneten Netzes im Sinne des § 2b des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) mit mindestens zwei Hauptgleisen und in einer Entfernung zu diesen von bis zu 200 Metern, gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahn. Die Bahnstrecke Salzgitter-Ringelheim – Goslar gehört zum übergeordneten Netz und hat zwei Hauptgleise.

Der Rat der Stadt Salzgitter hat außerdem beschlossen, dass Freiflächen-PV-Anlagen außerhalb des privilegierten Bereichs einer Einzelfallprüfung gemäß des Kriterienkataloges (Anlage 2 des Konzeptes) unterliegen. Der Kriterienkatalog bestimmt als Flächenkategorien Gunst-, Restriktions- und Ausschlussflächen für Freiflächen-PV-Anlagen. Als ein Kriterium für Gunstflächen werden Flächen mit hohen Bodenbelastungen aufgeführt.

Potenziell geeignete Gunstflächen sind Standorte mit geringer Eignung für die Landwirtschaft oder vergleichsweise geringen Auswirkungen auf das Landschaftsbild. Südwestlich der Bahnstrecke liegen die Flächen überwiegend im Bodenplangebiet „Innersteaue in der Stadt Salzgitter“. Je nach Teilgebiet dieses Bodenplangebiets ist eine Überschreitung der Prüfwerte nach BBodSchV des Stoffes Blei für Kinderspielflächen, Wohngebiete, Park- und Freizeitanlagen sowie Industrie- und Gewerbegebiete im oberflächennahen Bereich aufgetreten oder zu erwarten. Auf Ackerbauflächen ist eine Überschreitung des Prüfwertes für Blei nach BBodSchV aufgetreten oder zu erwarten.

Auf der Fläche der beiderseits der Bahnstrecke geplanten Freiflächen-PV-Anlage sollen die südwestlich der Bahn und außerhalb der Potentialfläche für Freiflächen-PV-Anlagen gelegenen Bereiche mit Bodenbelastungen durch Blei mit einbezogen werden.

Darüber hinaus sollen beiderseits der Bahnstrecke Flächen in die Freiflächen-PV-Anlage einbezogen werden, die zwar außerhalb des Abstands von 200 m zu der Bahnstrecke mit baurechtlicher Privilegierung im Außenbereich, jedoch innerhalb eines Abstands von 500 m, mit Vergütungsfähigkeit im ersten Segment nach § 37 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. c EEG liegen.

Der Vorhabenträger StreamTec Solutions AG hat einen Antrag zur Errichtung der Freiflächen-PV-Anlage bei der Stadt Salzgitter gestellt. Die Planungskosten übernimmt der Vorhabenträger. Der Stadt Salzgitter entstehen keine Kosten.

Wegen der fehlenden privilegierten Zulässigkeit im Außenbereich, ab einem Abstand von mehr als 200 m zur Bahnstrecke, kann die Zulässigkeit der Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen ab diesem Abstand nur über die Aufstellung eines Bebauungsplans erreicht werden. Dieser ist gemäß § 8 Abs. 2 BauGB aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln.

Der wirksame Flächennutzungsplan stellt in dem Bereich der geplanten Photovoltaik-Freiflächenanlage Flächen für die Landwirtschaft dar. Äquivalent zum östlichen Teilbereich erfolgt hier eine Darstellung als gewerbliche Baufläche (G). Damit der zeitlich parallel in Aufstellung befindliche Bebauungsplan Rgh 21 für SZ-Ringelheim "Freiflächen-Photovoltaikanlage südöstlich Ringelheim" nach § 8 Abs. 2 BauGB aus dem Flächennutzungsplan entwickelt werden kann, ist die Änderung der Darstellung in eine Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung "Freiflächen-Photovoltaik" erforderlich.

1.2 Allgemeine Ziele und Zwecke der Planung

Ziel der 121. Änderung N.N. (nach Neubekanntmachung) ist die geplante Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage beiderseits der Bahnstrecke Salzgitter-Ringelheim – Goslar. Außerdem soll Baurecht geschaffen werden für die Errichtung einer batterieelektrischen Anlage zur Speicherung von Energie für Phasen fehlender Solarenergie und eines Umspannwerks.

Planungsziel ist die Förderung regenerativer Energien im Sinne der Umsetzung der bundespolitischen Ziele.

1.3 Räumlicher Geltungsbereich und gegenwärtige Situation

Räumlicher Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans liegt zwischen den Siedlungsbereichen SZ-Ringelheim und SZ-Gitter. Das Änderungsgebiet besteht aus vier Teilflächen und umfasst eine Flächengröße von 63,6 ha.

Das Plangebiet wird durch den Verlauf der Ringelheimer Kurve in vier Teilflächen untergliedert, da zwischen der Teilfläche 1 und der Teilfläche 4 sich Teilflächen der in Aufstellung befindlichen 117. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans befinden.

Die Teilflächen 1 und 3 liegen zwischen der L 498 (Goslarsche Straße) im Süden, der K 32 (Am Ritterhof) im Osten und Nordosten und der Bahntrasse im Norden

bis Nordwesten. Die Teilflächen 2 und 4 verlaufen nördlich entlang der Bahnstrecke mit einer Tiefe von ca. 230 m. Der Geltungsbereich wird nordwestlich durch die Bahnstrecke von SZ-Ringelheim nach SZ-Bad und südöstlich durch die K 32 (Am Ritterhof) begrenzt.

Der Geltungsbereich der 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans liegt teilweise in der Gemarkung Ringelheim und teilweise in der Gemarkung Salzgitter-Bad. Betroffen sind in der Gemarkung Ringelheim Teile der Flur 3 sowie in der Gemarkung Salzgitter-Bad Teile von Flur 38, 39 und 40.

Das Plangebiet steigt von Westen in Richtung Osten leicht an. Der höchste Punkt im Gebiet der 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans liegt am östlichen Rand der Teilfläche 4 an der K 32 bei ca. 150 m ü. NHN. Die niedrigste Geländehöhe liegt im westlichen Randbereich der Teilfläche 1 mit etwa 133 m ü. NHN. Der Höhenunterschied im Plangebiet beträgt somit ca. 17 m. Die Erschließung des Plangebiets erfolgt über vorhandene Feldwege. Die Teilflächen 1, 2 und 4 werden von einzelnen Wegen und Gräben gequert. Längs der Bahnstrecke, der Wege und Gräben sind teilweise Gehölzstrukturen vorhanden.

Eigentumsverhältnisse

Die Fläche der 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans steht in privatem Eigentum.

Räumliche Lage des Stadtteils, städtebauliches Umfeld, baulicher Bestand und Nutzungsstruktur

Der Stadtteil SZ-Ringelheim liegt im äußersten Südwesten der Stadt Salzgitter. Im Ortskern SZ-Ringelheim befindet sich das Baudenkmal „Schloss und Gut Ringelheim“. Die Bahnstrecken Salzgitter-Ringelheim – Goslar und Salzgitter-Bad – Salzgitter-Ringelheim queren die Gemarkung Ringelheim. Das Änderungsgebiet liegt nördlich der Innerste.

Auch die an den Änderungsbereich angrenzenden Flächen sind weit überwiegend landwirtschaftlich genutzt.

Das Plangebiet wird gegenwärtig überwiegend landwirtschaftlich genutzt. Zwischen den Teilflächen der 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans liegt die Bahnstrecke Salzgitter-Ringelheim – Goslar. Die Teilflächen 1, 2 und 4 werden von einzelnen Wegen und Gräben gequert. Längs der Bahnstrecke, der Wege und Gräben sind teilweise Gehölzstrukturen vorhanden.

1.4 Raumordnerische Vorgaben

Die Ziele und Grundsätze der Raumordnung sind im Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP) - Aktualisierung 2022 - und im Regionalen Raumordnungsprogramm für den Großraum Braunschweig 2008 (RROP 2008) festgelegt.

Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen

Die nachhaltige Erzeugung erneuerbarer Energien soll nach Abschnitt 4.2.1, Nr. 01 Satz 2 des LROP vorrangig unterstützt werden. Der Ausbau von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie (Photovoltaik) soll nach Abschnitt 4.2.1, Nr. 03 Satz 1 des LROP landesweit weiter vorangetrieben und bis zum Jahr 2040 eine Leistung von 65 GW installiert werden. Dabei sollen nach Abschnitt 4.2.1, Nr. 03 Satz 2 vorrangig bereits versiegelte Flächen und Flächen auf, an oder in einem Gebäude oder einer Lärmschutzwand sowie sonstigen baulichen Anlagen in Anspruch genommen werden. Mindestens 50 GW der in Abschnitt 4.2.1, Nr. 03 Satz 1 genannten Anlagenleistung sollen nach Abschnitt 4.2.1, Nr. 03 Satz 3 auf Flächen nach Satz 2 installiert werden; im Übrigen soll die Anlagenleistung in Form von Freiflächen-Photovoltaikanlagen in dafür geeigneten Gebieten raumverträglich umgesetzt werden.

Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft sollen nach Abschnitt 4.2.1, Nr. 03 Satz 4 des LROP hierfür nicht in Anspruch genommen werden. Abweichend von Satz 4 können Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft für raumverträgliche Anlagen der Agrar-Photovoltaik vorgesehen werden. Agrar-Photovoltaikanlagen sind Photovoltaikanlagen, die weiterhin eine landwirtschaftliche Bewirtschaftung mit Traktoren, Dünge-, Saat- und Erntemaschinen zulassen und durch die höchstens ein Flächenverlust von 15 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche entsteht. Der räumliche Geltungsbereich der 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans liegt in einem Vorbehaltsgebiet für Landwirtschaft des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Großraum Braunschweig.

Regionales Raumordnungsprogramm für den Großraum Braunschweig 2008

Zum Schutz einer nachhaltigen Landbewirtschaftung sind nach Abschnitt III, 2.1, Abs. 6 Satz 1 und 2 des RROP 2008 Gebiete mit einem mittleren bis hohen Ertragspotenzial als „Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft (aufgrund hohen, natürlichen, standortgebundenen landwirtschaftlichen Ertragspotenzials)“ in der zeichnerischen Darstellung festgelegt. Alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sollen so abgestimmt werden, dass diese Gebiete in ihrer Eignung und besonderen Bedeutung möglichst nicht beeinträchtigt werden.

Zum Schutz der Erdatmosphäre und des Klimas sollen nach Abschnitt III, 3, Abs. 3 Satz 1 und 2 des RROP 2008 die landwirtschaftlichen Flächen und die Waldflächen durch fachlich begründete Festlegungen gesichert und entwickelt werden. Hierfür sind in der zeichnerischen Darstellung insbesondere „Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft“, „Vorbehaltsgebiete Besondere Schutzfunktionen des Waldes“ und „Vorbehaltsgebiete Gebiet zur Vergrößerung des Waldanteils“ festgelegt.

Der räumliche Geltungsbereich der 121. Änderung N. N. des Flächennutzungsplans liegt in einem Vorbehaltsgebiet für Landwirtschaft des RROP 2008. Wegen der Bodenbelastung mit Blei im Bodenplanungsgebiet "Innersteaue in der Stadt Salzgitter" weisen die Flächen im Vorbehaltsgebiet für die Landwirtschaft südwestlich der Bahnstrecke eine geringe Eignung für die Landwirtschaft auf.

Die "Haupteisenbahnstrecken" und "Sonstige Eisenbahnstrecken" bilden das regional und überregional bedeutsame Schienennetz und sind nach Abschnitt IV, 1.3, Abs. 2 Satz 1 und 2 des RROP 2008 entsprechend als Vorranggebiete in der zeichnerischen Darstellung des RROP festgelegt. Die Bahnstrecke Salzgitter-Ringelheim – Goslar ist in der zeichnerischen Darstellung des RROP als Haupteisenbahnstrecke mit Regionalverkehr festgelegt und ist nicht Teil des räumlichen Geltungsbereichs der 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans.

Leitungstrassen und Umspannwerke ab 110 kV und Rohrfernleitungen für Erdöl und Erdgas, die zur Sicherung und Entwicklung der regionalen Energieversorgung erforderlich sind, sind nach Abschnitt IV, 3.3, Abs. 3 des RROP 2008 in der Zeichnerischen Darstellung als "Vorranggebiet Leitungstrasse", "Vorranggebiet Umspannwerk" und "Vorranggebiet Rohrfernleitung" festgelegt. Dies betrifft im räumlichen Geltungsbereich der 121. Änderung N. N. des Flächennutzungsplans die Hochspannungsleitung der Avacon Netz GmbH, die das Gebiet der 121. Änderung N. N. des Flächennutzungsplans in Nord-Süd-Richtung quert, und die Gasleitung der Avacon Netz GmbH im östlichen Randbereich längs der K 32.

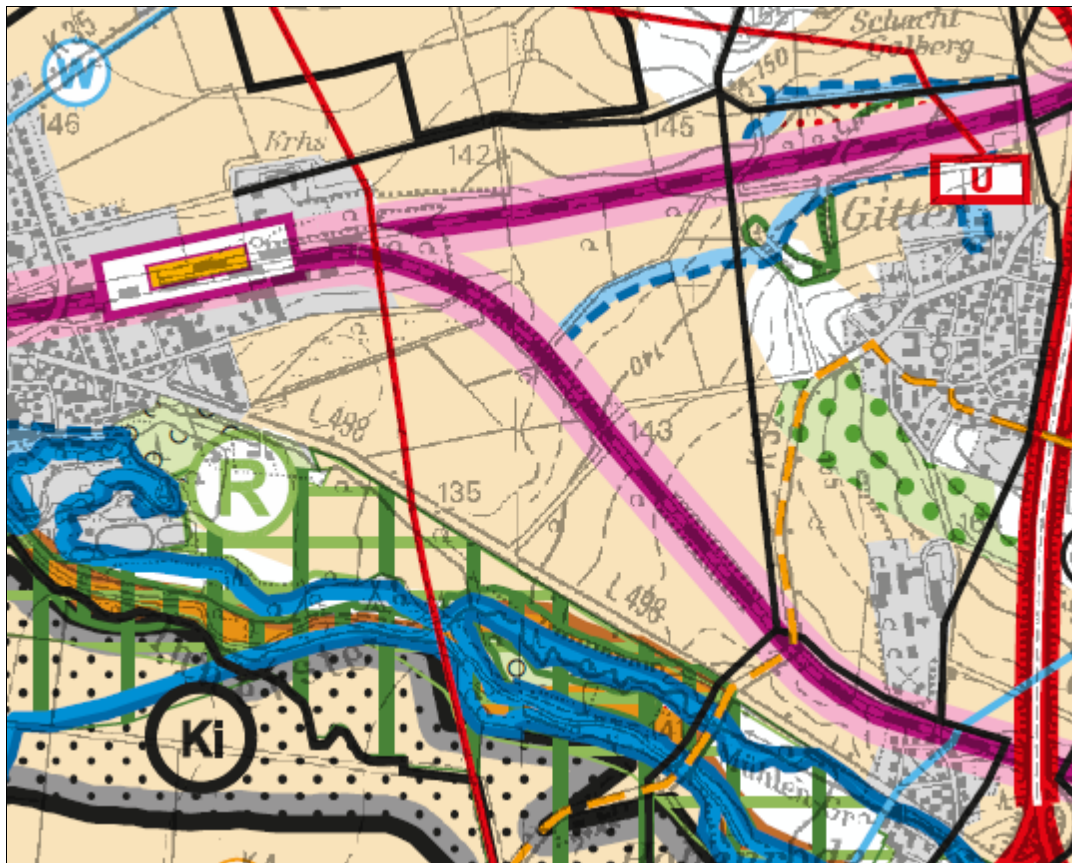


Abbildung 1: Ausschnitt aus der zeichnerischen Darstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Großraum Braunschweig 2008

Nach Abschnitt III, 2.4, Abs. 12 des RROP 2008 ist in der zeichnerischen Darstellung ein "Vorranggebiet Regional bedeutsamer Wanderweg" festgelegt. In der zeichnerischen Darstellung sind nach Abschnitt III, 2.4, Abs. 13 Satz 1 und 2 des RROP 2008 Wanderwege für die Nutzungen Wandern, Reiten, Wasserwandern und Radfahren festgelegt, sofern sie eine regionale oder überregionale Bedeutung haben. Die Festlegung "Regional bedeutsamer Wanderweg" trägt zur regionalen

und überregionalen Vernetzung der bedeutsamen Erholungsbereiche im Großraum Braunschweig bei.

Im Zuge der K 32 ist ein Regional bedeutsamer Wanderweg für die Nutzung Radfahren festgelegt. Dabei handelt es sich um den Harzvorlandweg. Der Radweg wird durch die Darstellungen der 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans nicht beeinträchtigt.

1.5 Bisherige Darstellungen im Flächennutzungsplan

Der wirksame Flächennutzungsplan der Stadt Salzgitter stellt den räumlichen Geltungsbereich der 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans als Fläche vorwiegend für die Landwirtschaft dar.

Die vorhandene Hochspannungsleitung, die das Änderungsgebiet in Nord-Süd-Richtung quert, wird als oberirdische Hauptversorgungsleitung dargestellt. Die im östlichen Randbereich der Teilfläche 4 verlaufende Gasleitung wird als unterirdische Hauptversorgungsleitung dargestellt.

Östlich grenzt die Kreisstraße 32 an die Teilfläche 4 der 121. Änderung N. N. des Flächennutzungsplans und die L498 grenzt südwestlich an die Teilfläche 1. Zwischen den Teilflächen der 121. Änderung N. N. des Flächennutzungsplans sind Flächen für Bahnanlagen der Bahnstrecke Salzgitter-Ringelheim - Goslar dargestellt.

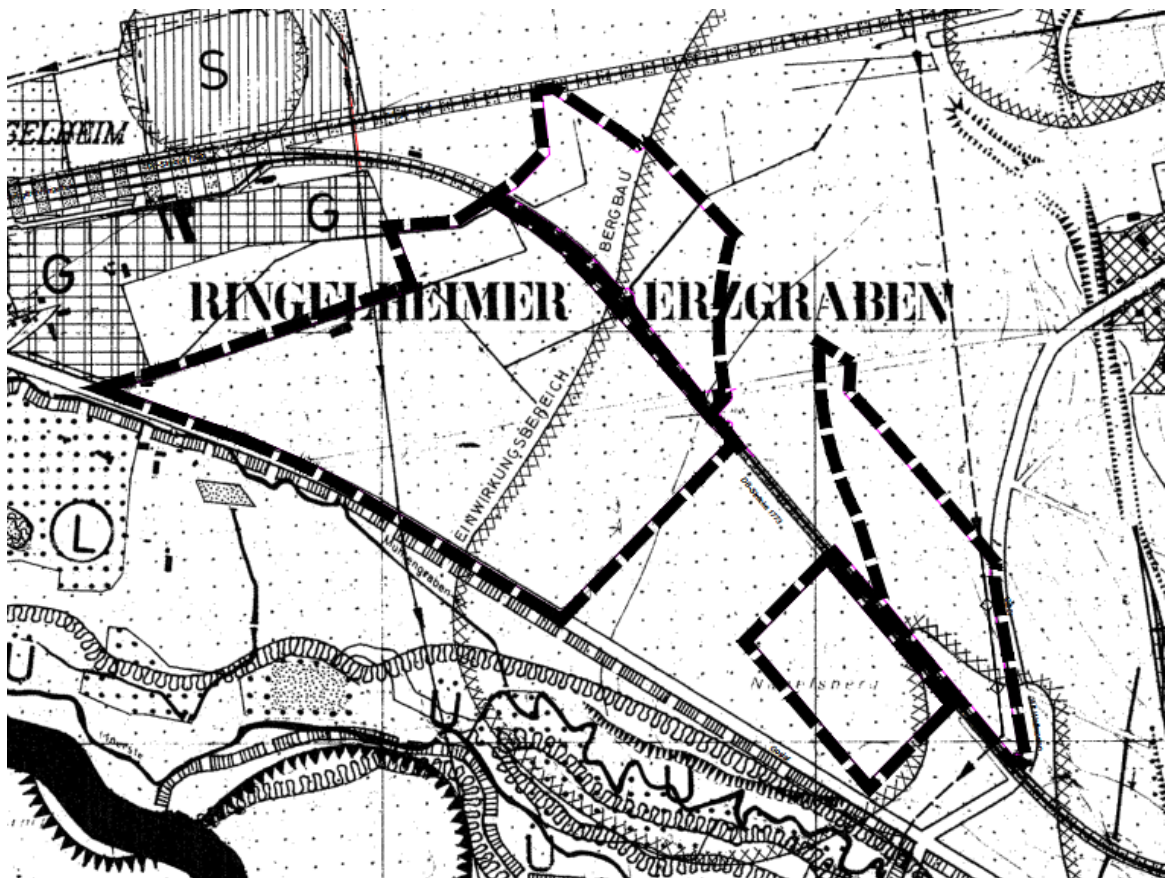


Abbildung 2: Ausschnitt aus dem wirksamen Flächennutzungsplan mit Markierung des Geltungsbereichs der 121. Änderung N.N.

1.6 Standortkonzept und Kriterienkatalog für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen

Mit der am 01.01.2023 in Kraft getretenen Änderung des Baugesetzbuches (BauGB) wurden Freiflächen-PV-Anlagen längs von Autobahnen und von mindestens zweigleisigen Bahnstrecken im Außenbereich privilegiert. Der nach § 35 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. b BauGB privilegierte Bereich entlang der Autobahn A 39 sowie der zweigleisigen Schienenwege des übergeordneten Netzes umfasst in Salzgitter rund 1.240 ha. Nach einer ersten Prüfung beläuft sich das Flächenpotential für Freiflächen-PV-Anlagen auf ca. 665 ha. Das Flächenpotential übertrifft die für Salzgitter ermittelte Mindestflächengröße von 70 ha für Freiflächen-PV-Anlagen um ein Vielfaches. Um eine weitere Inanspruchnahme von Boden zu minimieren, sollen Freiflächen-PV-Anlagen daher auf den privilegierten Bereich konzentriert werden.

Das überwiegende Plangebiet ist bis zu einem Abstand von 200 m zu der Bahnstrecke im Standortkonzept und Kriterienkatalog für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen in der Stadt Salzgitter Teil der Potentialfläche für Freiflächen-PV-Anlagen längs des Streckenabschnitts Salzgitter-Ringelheim.

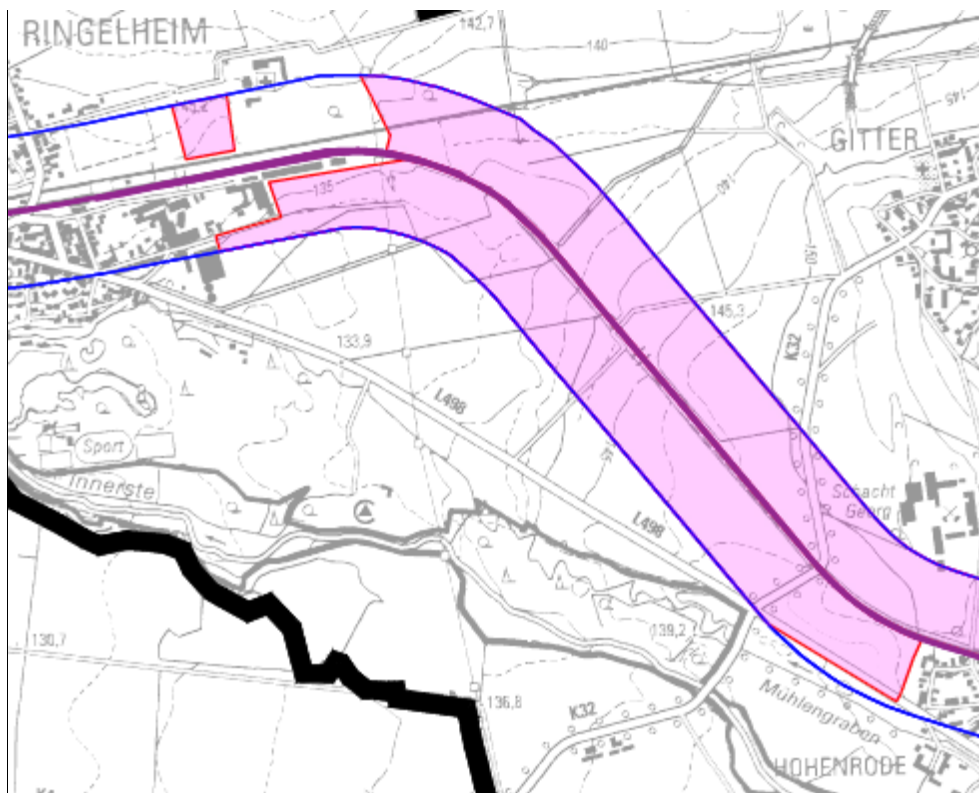


Abbildung 3: Standortkonzept und Kriterienkatalog für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen in der Stadt Salzgitter, Potentialflächen für Freiflächen-PV-Anlagen, hier: Ausschnitt aus dem Streckenabschnitt Salzgitter-Ringelheim

Flächen außerhalb der in Anlage 1 des Konzepts dargestellten Flächenpotentiale unterliegen einer Einzelfallprüfung gemäß des Kriterienkataloges. Die definierten Gunst-, Restriktions- und Ausschlussflächen orientieren sich dabei an den Hinwei-

sen und Empfehlungen des Niedersächsischen Landkreistages/ Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes zur Planung von Freiflächen-PV-Anlagen und wurden an die räumlichen Voraussetzungen der Stadt Salzgitter angepasst.

Als ein Kriterium für Gunstflächen werden Flächen mit hohen Bodenbelastungen aufgeführt. Dies können nach der Erläuterung zu diesem Kriterium z.B. Flächen mit Altlasten im Boden oder im Grundwasser sein (Altlastenflächen und Altlasten).

Potenziell geeignete Gunstflächen sind nach der Operationalisierung des Kriterienkatalogs Standorte mit geringer Eignung für die Landwirtschaft oder vergleichsweise geringen Auswirkungen auf das Landschaftsbild. Südwestlich der Bahnstrecke liegen die Flächen überwiegend im Bodenplanungsgebiet „Innersteaue in der Stadt Salzgitter“. Je nach Teilgebiet dieses Bodenplanungsgebiets ist eine Überschreitung der Prüfwerte nach Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) des Stoffes Blei für Kinderspielflächen, Wohngebiete, Park- und Freizeitanlagen sowie Industrie- und Gewerbegebiete im oberflächennahen Bereich aufgetreten oder zu erwarten. Auf Ackerbauflächen ist eine Überschreitung des Prüfwertes für Blei nach BBodSchV aufgetreten oder zu erwarten. Südwestlich der Bahnstrecke befinden sich großflächig Bereiche mit Bodenbelastungen durch Blei >1.000 mg/kg.

Im Kriterienkatalog für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen in der Stadt Salzgitter werden Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft als Restriktionsflächen, jedoch nicht als Ausschlussflächen, aufgeführt. Restriktionsflächen sind „Abwägungsflächen“, weil für sie in besonderer Weise unterschiedliche Belange gegen- und untereinander abgewogen werden müssen. Eine Genehmigungsfähigkeit wird sich erst anhand konkreter Erfassungen erweisen müssen.

Das bedeutet, dass das Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft im räumlichen Geltungsbereich der 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans einer Einzelfallprüfung zugänglich ist. Aufgrund der hohen Bodenbelastungen durch Blei weist das Bodenplanungsgebiet eine geringe Eignung für die Landwirtschaft auf. Im vorliegenden Einzelfall wird deshalb in der Abwägung der Nutzung durch eine Freiflächen-PV-Anlage der Vorzug gegenüber der landwirtschaftlichen Nutzung gegeben.

1.7 Flächenbilanz

Die Flächengliederung kann der folgenden Tabelle entnommen werden.

Nutzungsart	121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans Flächengröße		Wirksamer Flächennutzungsplan Flächengröße	
	in ha	Anteil in %	in ha	Anteil in %
Sonderbaufläche S mit Zweckbestimmung „Freiflächen-Photovoltaik“	63,64	100	0	0
Flächen für die Landwirtschaft	0	0	63,64	100
Gesamt	63,64	100	63,64	100

Tabelle 1: Flächengliederung

2 Planinhalt

2.1 Art der baulichen Nutzung

Sonderbauflächen

Das Plangebiet wird in der 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans als Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Freiflächen-Photovoltaik“ dargestellt.

Im Flächennutzungsplan können gemäß § 1 Abs. 1 BauNVO die für die Bebauung vorgesehenen Flächen nach der allgemeinen Art ihrer baulichen Nutzung (Bauflächen) dargestellt werden.

Auf der Grundlage des EEG wird der ins Netz eingespeiste Strom aus solarer Strahlungsenergie in Deutschland vergütet. Die Betreiber von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien erhalten Zahlungen für Strom aus erneuerbaren Energien auf der Grundlage der Regelungen in § 19 Abs. 1 EEG. Die Flächen, auf denen der Strom aus Solaranlagen vergütungsfähig ist, werden in § 37 Abs. 1 EEG bestimmt.

Als Solaranlagen werden nach § 3 Nr. 41 EEG alle Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie bezeichnet. Im Fall von Solaranlagen ist gemäß § 3 Nr. 1 EEG jedes Modul eine eigenständige Anlage. Freiflächenanlagen sind gemäß § 3 Nr. 22 EEG alle Solaranlagen, die nicht auf, an oder in einem Gebäude oder einer sonstigen baulichen Anlage angebracht sind, die vorrangig zu anderen Zwecken als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist.

Bauflächen, für die eine zentrale Abwasserbeseitigung nicht vorgesehen sind

Gemäß § 5 Abs. 2 BauGB sind im Flächennutzungsplan Bauflächen, für die eine zentrale Abwasserbeseitigung nicht vorgesehen ist, zu kennzeichnen. Im Geltungsbereich der 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans ist keine zentrale Abwasserbeseitigung vorgesehen. Die Planzeichnung der 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans stellt das Gebiet mit dem Planzeichen 15.1 der Planzeichenverordnung „Umgrenzung der Bauflächen, für die eine zentrale Abwasserbeseitigung nicht vorgesehen ist“ dar.

2.2 Hauptversorgungsleitungen

Die Darstellungen der vorhandenen Hochspannungsleitung und der vorhandenen Gasleitung werden unverändert als oberirdische bzw. unterirdische Hauptversorgungsleitung übernommen.

3 Besondere Aspekte der Planung

3.1 Standortalternativen und Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen

Gemäß § 1a Abs. 2 Satz 2 BauGB sollen landwirtschaftlich genutzte Flächen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden. Die Notwendigkeit der Umwandlung

landwirtschaftlich genutzter Flächen soll gemäß § 1a Abs. 2 Satz 4 BauGB begründet werden.

Aufgrund der hohen Bodenbelastungen durch Blei weist das Bodenplanungsgebiet eine geringe Eignung für die Landwirtschaft auf. Deshalb handelt es sich bei dieser Erweiterung um eine Gunstfläche für die Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen. Dies gilt entsprechend für die geringen weiteren Flächen bis zur L 498 jenseits des Abstands von 500 m zur Bahnstrecke.

3.2 Erschließung und Infrastruktur

Anbindung des Plangebietes

Das Plangebiet wird über die vorhandenen Feldwege an das örtliche und überörtliche Straßennetz angeschlossen. Eine direkte verkehrliche Erschließung über die angrenzende L 498 und die K 32 ist nicht vorgesehen.

3.3 Boden und Altlasten

Bodenplanungsgebiet

Das Bodenplanungsgebiet „Innersteaue in der Stadt Salzgitter“ wird gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 BauGB als Fläche, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet ist, gekennzeichnet.

Je nach Teilgebiet dieses Bodenplanungsgebiets ist eine Überschreitung der Prüfwerte nach BBodSchV des Stoffes Blei für Kinderspielflächen, Wohngebiete, Park- und Freizeitanlagen sowie Industrie- und Gewerbegebiete im oberflächennahen Bereich aufgetreten oder zu erwarten. Auf Ackerbauflächen ist eine Überschreitung des Maßnahmenwertes für Cadmium und des Prüfwertes für Blei nach BBodSchV aufgetreten oder zu erwarten. Für Grünlandflächen ist eine Überschreitung des Maßnahmenwertes für Blei nach BBodSchV aufgetreten oder zu erwarten. Anfallender Bodenaushub ist je nach Teilgebiet – insbesondere wegen des Gehaltes an Blei und Cadmium – als gefährlicher Abfall einzustufen.

(§ 4 der Verordnung des „Bodenplanungsgebietes Innersteaue in der Stadt Salzgitter“ (BPG-VO))

Auf einer Teilfläche des räumlichen Geltungsbereichs der 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans wird gemäß § 5 Abs. 4 Satz 1 BauGB das Bodenplanungsgebiet „Innersteaue in der Stadt Salzgitter“ nachrichtlich übernommen.

Zu dem zeitlich parallel aufzustellenden Bebauungsplan wird ein Bodenschutzkonzept erstellt. Vorab wurden bereits durch ein Fachbüro die Maßnahmen zum Bodenschutz entwickelt und mit der unteren Bodenschutzbehörde der Stadt Salzgitter abgestimmt.

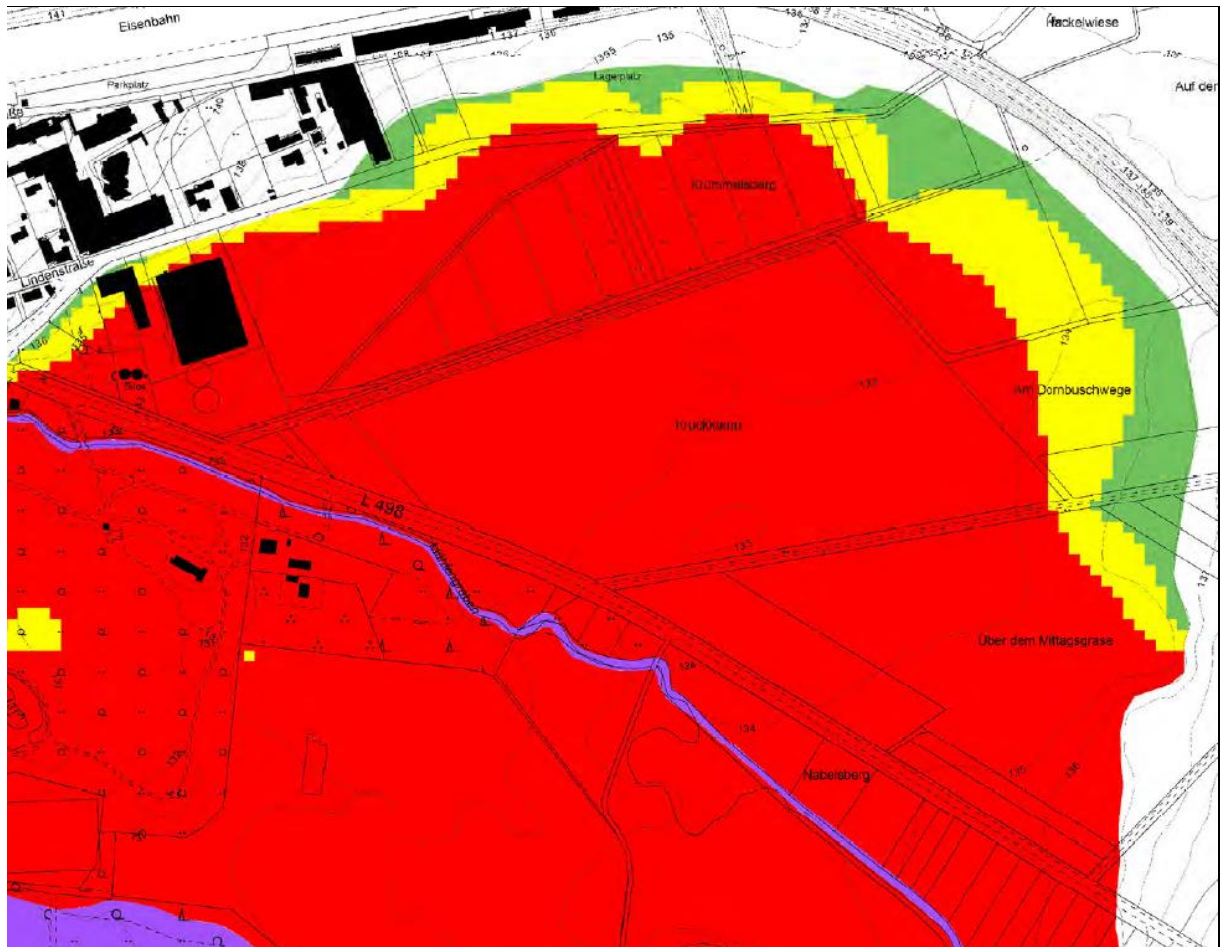


Abbildung 4: Verordnung „Bodenplanungsgebiet Innersteaue in der Stadt Salzgitter“ vom 02.07.2012, Anhang 2, Detailkarte 3 (Ausschnitt)

Altbergbau

Im Flächennutzungsplan ist im östlichen Teil des räumlichen Geltungsbereichs der 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans ein Einwirkungsbereich des Bergbaus gekennzeichnet.

Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) hat in seinem Kartenserver „Niedersächsisches Bodeninformationssystem“ (NIBIS)¹ die bergbaulichen Einwirkungsbereiche veröffentlicht. Darin ist für den Geltungsbereich der 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans kein bergbaulicher Einwirkungsbereich eingetragen. Deshalb wird in der 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans der Einwirkungsbereich des Bergbaus nicht gekennzeichnet.

3.4 Denkmalschutz

Innerhalb des Geltungsbereichs der 121. Änderung N. N. des Flächennutzungsplans befinden sich keine Bau- oder Kulturdenkmale. Westlich der Teilfläche 1 befindet sich außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans auf der westlichen Seite der L 498 das Baudenkmal "Schloss und Gut Ringelheim".

¹ <https://www.lbeg.niedersachsen.de/kartenserver/-72321.html>

3.5 Naturschutz und Landschaftspflege

Schutzgebiete nach Naturschutzrecht bzw. gesetzlich geschützte Biotope sind im Plangebiet nicht vorhanden.

Durch den zeitlich parallel aufzustellenden Bebauungsplan wird Baurecht geschaffen für die Errichtung von baulichen Anlagen. Diese baulichen Anlagen können Eingriffe in Natur und Landschaft darstellen. Die Bilanzierung der zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft erfolgt auf der Ebene des Bebauungsplans. Zu dem Bebauungsplan ist ein Artenschutzfachbeitrag beauftragt worden, dessen Untersuchungsumfang mit der unteren Naturschutzbehörde der Stadt Salzgitter abgestimmt wurde.

3.6 Klimaschutz

Die Bauleitpläne sollen gemäß § 1 Abs. 5 Satz 2 BauGB dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern und zur Erfüllung der Klimaschutzziele des Bundes-Klimaschutzgesetzes die Wärme- und Energieversorgung von Gebäuden treibhausgasneutral zu gestalten sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll gemäß § 1a Abs. 5 Satz 1 BauGB sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.

Im Interesse des Klima- und Umweltschutzes ist die Transformation zu einer nachhaltigen und treibhausgasneutralen Stromversorgung, die vollständig auf erneuerbaren Energien beruht. Die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien ist eine Maßnahme, die dem Klimawandel entgegenwirkt.

Nach § 1 Abs. 2 EEG soll der Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms am Bruttostromverbrauch im Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone (Bundesgebiet) auf mindestens 80 % im Jahr 2030 gesteigert werden. Der für die Erreichung dieses Ziels erforderliche Ausbau der erneuerbaren Energien soll gemäß § 1 Abs. 3 EEG stetig, kosteneffizient, umweltverträglich und netzverträglich erfolgen.

Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Satz 1 EEG im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen gemäß § 2 Satz 2 EEG die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.

Das Standortkonzept und Kriterienkatalog für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen in der Stadt Salzgitter wurde am 31.05.2023 vom Rat der Stadt Salzgitter beschlossen. Bis zu einer Entfernung von 200 m von der Bahnstrecke Salzgitter-Ringelheim – Goslar liegt die Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung "Freiflächen-Photovoltaik" in der 121. Änderung N. N. des Flächennutzungsplans innerhalb des gemäß BauGB privilegierten Bereichs.

Die im Bodenplanungsgebiet „Innersteaue in der Stadt Salzgitter“ gelegenen Flächen südwestlich der Bahnstrecke sind mit Blei belastet, so dass es sich um Flächen handelt, die trotz der Festlegung als Vorbehaltsgebiet für Landwirtschaft eine geringe Eignung für die Landwirtschaft aufweisen. Wegen der geringen Eignung dieser Flächen für die Landwirtschaft handelt es sich bei diesen Flächen um Gunstflächen im Sinne dieses Konzepts.

4 Umweltbericht

Der Umweltbericht wird zum Entwurf der 121. Änderung N. N. des Flächennutzungsplans ergänzt.

5 Verfahrensablauf und Abwägung

Der Verwaltungsausschuss hat in der Sitzung am 01.04.2025 den Aufstellungsbeschluss für die Änderung des Flächennutzungsplans gefasst.

6 Eingriff in andere Planungen

Durch die 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans werden keine Teilflächen der in Aufstellung befindlichen 117. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans überdeckt. Der Aufstellungsbeschluss für die 117. Änderung des Flächennutzungsplans wurde am 30.04.2024 gefasst. Gleichzeitig wurde der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplans Bad 125 für SZ-Bad „Ringelheimer Kurve“ gefasst.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB zu der 117. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans wurde vom 07.10.2024 bis 21.10.2024 durchgeführt. Der räumliche Geltungsbereich der 117. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans ist großzügig gewählt, um eine gewisse Flexibilität bei der Planung der abschließenden Trassenführung zu gewährleisten.

Der Regionalverband Großraum Braunschweig hat ein Ingenieurbüro beauftragt, das den Flächenbedarf für die Ringelheimer Kurve bei einer Geschwindigkeit von 100 km/h konkretisiert. Zum Entwurf der 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans wird also der Flächenbedarf für die Ringelheimer Kurve bereits räumlich konkretisiert sein.

Die Abgrenzung der räumlichen Geltungsbereiche der beiden Änderungen des Flächennutzungsplans können somit zum Entwurf der 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans bei Bedarf angepasst werden.

Rechtsgrundlagen

Für die 121. Änderung N.N. des Flächennutzungsplans für SZ-Ringelheim gelten folgende Rechtsgrundlagen:

- **Baugesetzbuch (BauGB)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20.12.2023 (BGBl. I Nr. 394)
- **Baunutzungsverordnung (BauNVO)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03.07.2023 (BGBl. I Nr. 176)
- **Planzeichenverordnung (PlanZV)** vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802)
- **Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG)** vom 27.12.1993 (BGBl. I S. 2378, 2396; 1994 I S. 2439), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17.07.2025 (BGBl. I Nr. 164)
- **Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)** vom 21.07.2014 (BGBl. I S. 1066), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.02.2025 (BGBl. I Nr. 52)

Aufgestellt: Bernburg (Saale), 22.10.2025

BAUMEISTER

INGENIEURBÜRO GmbH Bernburg